

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

ien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

6. November 1947

Blatt 1294

Verbesserung der Gasabgabe

=====

Infolge einer in den letzten Tagen eingetretenen Erhöhung der Erdgaslieferung kann die Gasabgabezeit um eine Stunde verlängert werden. Um die Elektrizitätswerke zu entlasten, wird mit der abendlichen Gasabgabe um 17 Uhr begonnen. Bis auf weiteres gelten folgende Gaslieferzeiten:

von 5.30 bis 8 Uhr,
von 10.30 bis 13.30 Uhr und
von 17.- bis 20 Uhr.

Am Sonntag zwei Konzerte in "Wien baut auf"

=====

Am Sonntag, den 9. November, um 9.30 Uhr, findet im Kinosaal der Ausstellung "Wien baut auf" ein Konzert erblindeter Künstler statt. Es wirken mit: Cölestine Hafner (Gesang), Lotte Swoboda (Violine), Karl Seifert (Lieder zur Gitarre), Josef Miser, Otto Binder und Liane Durport (Klavier).

Um 15 Uhr im Kinosaal der Ausstellung: Chorkonzert des Wiener Männergesangsvereines. Dirigent: Prof. Franz Burkhart.

Für Ausstellungsbesucher sind beide Veranstaltungen frei zugänglich.

Verordnung über Kleinölbrenner und Ölheizgeräte

=====

Im 15. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" vom 30. Oktober ist die Verordnung der Wiener Landesregierung über Kleinölbrenner und Ölheizgeräte enthalten. Das Gesetzblatt ist zum Preis von 40 Groschen im Drucksortenverlag des Wiener Rathauses und in der Österreichischen Staatsdruckerei erhältlich.

Achtung Kraftfahrzeugbesitzer!
=====

Die zur Magistratsabteilung 46 gehörige Dienststelle für Prüfungen im Kraftfahrrecht, Wien 9., Währinger Straße 43, wird ab 10. November nach Wien 5., Siebenbrunnengasse 3a, Tel. B 22-2-63, Klappe 1 und 2, verlegt. Parteienverkehr an Werktagen, außer Samstag, von 9 bis 12 Uhr.

Die ab 10. November zur Prüfung eingeteilten Fahrzeuge sind daher schon in der Siebenbrunnengasse vorzuführen.

Lagerbestandsaufnahme in allen Lebensmittelbetrieben
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Alle Lebensmittel- Groß- und Kleinbetriebe sowie Fleischabgabestellen in Wien haben mit Stichtag Sonntag, den 9.11.1947 eine Inventur durchzuführen. Es sind alle Lebensmittel zu melden, die sich in den Betriebsräumen befinden. Der Stand an Fleisch und Wurst ist getrennt anzuführen. Bäckerei und Brotfabriken haben auch die Salzbestände anzugeben. Sperrlager sind als solche zu bezeichnen.

In der Warenstandsmeldung der Kleinbetriebe sind die Großhändler, bei Sortiment-Kleinhändlern auch der Mehlgroßverteiler zu verzeichnen, von denen die Waren bezogen werden. Die Lagermeldung ist in dreifacher Ausfertigung am Montag, den 10. ds. bis 12 Uhr mittags bei der Marktamtsabteilung abzugeben. Eine Ausfertigung bleibt in der Marktamtsabteilung zurück und zwei werden an das Landesernährungsamt weitergeschickt. Das Landesernährungsamt gibt eine Meldung an die Großhändler weiter.

Die Fleischkleinverteiler erhalten eine Ausfertigung zurück, die sie so rasch als möglich an ihren Großverteiler weiterzugeben haben. Auch Leermeldungen sind zu erstatten.

Nichtbefolgung oder unrichtige Angaben werden bestraft.

Drucksorten sind in den Marktamtsabteilungen erhältlich.

Dänische Hilfe gegen die Tuberkulose
=====

Heute nachmittags empfing der amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, den Leiter der Tuberkulosen-Abteilung des dänischen staatlichen Serum-Institutes in Kopenhagen, Dr. Johannes Holm, der als bedeutendster Fachmann für Calmette-Schutzimpfungen in Europa und Amerika anerkannt ist. Dr. Holm ist mit der Absicht nach Wien gekommen, um die insbesondere in den skandinavischen Staaten, aber auch in Nordamerika mit größtem Erfolg eingeführte vorbeugende Impfung gegen die Tuberkulose auch in Österreich, insbesondere also in Wien, zu ermöglichen. Das von ihm geleitete dänische Serum-Institut wird das Impferum und alle sonstigen, für eine Masseneimpfung erforderlichen technischen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Es wird einige Wiener Ärzte zu einem dreimonatigen Instruktionkurs nach Kopenhagen einladen und zur Durchführung und Überwachung der Impfungen dänische Ärzte und Sanitätspersonal nach Österreich entsenden. Es handelt sich also um eine Aktion von großer gesundheitlicher Bedeutung für die Wiener Bevölkerung, weil durch die Schutzimpfung der in unserer Zeit besonders starken Anfälligkeit der Bevölkerung gegen die Tuberkulose wirksam entgegengetreten werden kann.

Vizebürgermeister Weinberger begrüßte den dänischen Arzt mit herzlichen Worten und dankte ihm namens der Stadt Wien für das in Aussicht genommene, für die Gesundheit der Wiener Bevölkerung so bedeutende Hilfswerk.

Einstellung der EM-Markenausgabe für Kochgeschirr
=====

und emaillierte Eimer
=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt bekannt:

Da das Kontingent an EM-Marken für Kochgeschirr (Kochtöpfe bis 12 Liter, Weitinge, Kasserollen) sowie für emaillierte Eimer für den Monat November bereits ausgegeben ist, wird die Annahme neuer Anträge ab sofort bis auf weiteres eingestellt.

Ausgabe von Tabakwaren
=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt für Niederösterreich und das Burgenland geben im Einvernehmen mit der österreichischen Tabakregie den Aufruf der Raucherkartenabschnitte der 34. Versorgungsperiode und zwar M 1, M 2 und F zum Bezug von je 10 Stück Zigaretten "Austria 3" sowie M 3, M 4 und F 2 zum Bezug von je 10 Stück Zigaretten "Austria 2" bekannt.

Auf diese Abschnitte können wahlweise an Stelle von 10 Zigaretten vier Stück Pagatzigarren oder drei Virginierzigarren oder zwei Stück der übrigen Zigarrensorten bezogen werden.

Ein wahlweiser Bezug der Zigaretten "Austria 2" an Stelle der Zigaretten "Austria 3" oder umgekehrt ist nicht gestattet.

Außerdem werden die Abschnitte arabisch 12, 17 und 26 der Karte für zusätzliche Tabakwarenaufrufe zum ausschließlichen Bezug von je 5 Stück "Austria 1" aufgerufen.

Die Zigarettenart "Austria Spezial" zum Preise von S 1.60 wird in den Trafiken, soweit der Vorrat reicht, punktfrei abgegeben.

Die aufgerufenen Abschnitte verfallen am Ende der 34. Versorgungsperiode.

Steigerung der Gasunfälle
=====

Wie im Vorjahr häufen sich auch heuer seit Eintritt der kälteren Witterung die Leuchtgasunfälle in erschreckendem Ausmaße. Sie sind in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle auf das Nichtbeachten der Sperrzeiten zurückzuführen. Die Gasverbraucher werden neuerdings dringend aufgefordert, nach Gebrauch der Gasgeräte unbedingt alle Hähne zu schließen.

Die Stromabschaltungen der nächsten Woche

=====

In der kommenden Woche werden die Verbrauchergruppen II und IV von Montag bis Samstag, voraussichtlich in der Zeit von 7 bis 18 Uhr, abgeschaltet. In Anpassung daran haben sämtliche Betriebe der Bezirke 13 bis 26 und der Gebiete nördlich Wiens, die an nichtabschaltbaren Kabeln angeschlossen sind, ebenfalls von Montag bis Samstag Stichtage zu halten.

Nach 18 Uhr darf von Betrieben, die planmäßig abgeschaltet waren, oder Stichtage zu halten hatten, kein Strom für Kraftzwecke entnommen werden.

Die Verbrauchergruppen I und III bleiben voraussichtlich eingeschaltet. Die Wiener B-Werke werden versuchen, falls die Kohlenzuweisung entsprechend ist, diese Regelung, daß jede Verbrauchergruppe eine Woche abgeschaltet und eine Woche eingeschaltet bleibt, auch in der Folge aufrecht zu erhalten.

Ehrung der gefallenen Sowjetsoldaten durch die Stadt Wien am

=====

Jahrestag der Oktoberrevolution

=====

Anlässlich des 30. Jahrestages der Oktoberrevolution in Rußland fanden heute vor dem Befreiungsdenkmal auf dem Stalin Platz und bei den russischen Soldatengräbern auf dem Zentralfriedhof offizielle Feiern statt, bei denen die Stadt Wien in einem feierlichen Akt ihr Gedenken für die im Kampf um Wien gefallenen Soldaten der Sowjetarmee zum Ausdruck brachte. Vizebürgermeister Speiser, der in Begleitung der Stadträte Afritsch, Albrecht, Dr. Fraund, Honey, Novy und Sigmund, des geschäftsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Nationalrat Dr. Zechner, Magistratsdirektor Dr. Kritscha sowie zahlreicher Gemeinderäte und Bezirksvorsteher erschienen war, legte an beiden Stellen einen Kranz der Stadt Wien nieder.

Auf dem Stalin Platz hielt Vizebürgermeister Speiser nach einer Ansprache des russischen Stadtkommandanten von Wien, Gardegeneralleutnant Lebedenko, eine Gedenkrede in der er ausführte:

"Als stellvertretender Bürgermeister der Stadt Wien habe ich im Beisein der Herren Stadträte, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und sonstigen Volksbeauftragten am Denkmal der Roten Armee einen Kranz niedergelegt. Dieser Kranz gilt dem Gedenken der gefallenen Soldaten und Offiziere der Roten Armee, die mitgeholfen haben, die Stadt Wien von der Herrschaft des Faschismus zu befreien und in diesem Kampf ihr Leben gelassen haben. Wir vollziehen im Namen der Stadt Wien diese Ehrung auch zugleich in den Tagen, in denen wir daran denken, daß sich vor 30 Jahren das russische Volk durch die Oktoberrevolution von der Herrschaft des Zarismus befreit hat. Wir bitten Herrn General Lebedenko, der Sowjetregierung die Meldung zu erstatten, daß die Stadt Wien in dankbarem Gedenken diese Ehrung der Gefallenen vollzogen hat!"

Bei der sich daran anschließenden Feierlichkeit auf dem Zentralfriedhof wiederholte Vizebürgermeister Speiser im Namen der Stadt Wien das Versprechen, die Gräber der gefallenen russischen Soldaten auch als ihre heiligen Gräber zu betrachten und sie immer zu betreuen und in Ehren zu halten.

Der Wiener Landtag

=====

Heute um 17.20 Uhr trat unter dem Vorsitz von Präsidenten Thaller (SPÖ), der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand das neue Fischereigesetz. Stadtrat Sigmund (SPÖ) bezeichnete als Referent den Gesetzentwurf als einen neuen Abschnitt in der österreichischen Fischereiwirtschaft. Die bisherigen Bestimmungen, die nicht mehr existierenden Verhältnissen entsprachen, wurden damit abgeändert, da sie in unsere Zeit nicht mehr hineinpassen. Das neue Gesetz hätte auch den Zweck, der dauernden Verminderung unseres Fischbestandes zu begegnen, die Fischwässer vor der Verödung zu bewahren und zusätzliche Nahrung zu bringen. Bei der Abfassung des Gesetzes hätte man sich auch bemüht, eine klare und eindeutige Sprache zu gebrauchen.

Abg. Dipl. Kfm. Dr. Hohl (ÖVP) stellte einige Abänderungs- und Zusatzanträge formaler Art und sprach sich gegen eine Bevorzugung der Arbeiter-Fischereivereine aus.

Abg. Dr. Altmann (KPÖ) wandte sich gegen die eingebrachten Abänderungsanträge der ÖVP, die seiner Meinung nach besser schon früher im zuständigen Gemeinderatsausschuß zu behandeln gewesen wären.

Stadtrat Sigmund drückte in seinem Schlußwort seine Überraschung darüber aus, daß nun plötzlich eine Anzahl von Abänderungsanträgen gestellt werden, obwohl die Parteienverhandlungen über das Gesetz im Gemeinderatsausschuß abgeschlossen gewesen wären. Er wandte sich dagegen, daß die Arbeiter-Fischereiverbände schlechter behandelt werden sollten als Sportfischer und wies auf die bisherige ersprießliche Tätigkeit der Arbeiterfischer hin.

Das Gesetz wurde sodann in erster und zweiter Lesung angenommen. Die von Dr. Hohl gestellten Abänderungsanträge wurden in ihrer Mehrheit abgelehnt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte StR. Afritsch (SPÖ) in Vertretung des Stadtrates Dr. Matejka (KPÖ) über die Wiederholung des Gesetzbeschlusses, betreffend die Ergänzung des Veranstaltungsbetriebsgesetzes. StR. Afritsch teilte mit, daß die Bundesregierung gegen den Beschluß Einspruch erhoben habe, daß die Ausführungen der Bundesregierung einer reiflichen Prüfung unterzogen und festgestellt wurde, daß der Einspruch nicht zutreffend sei. Er stellte daher den Antrag, den Gesetzesbeschuß zu wiederholen.

In der Debatte sprach zuerst GR. Dr. Robetschek (ÖVP), der darauf hinwies, daß die Warnung seiner Fraktion, dieses Gesetz verstoße gegen die Verfassung und die Grundrechte des Staatsbürgers, leider überhört wurde. Aus diesem Grund könne seine Fraktion dem Antrag des Berichterstatters nicht zustimmen.

Für die KPÖ sprach GR. Dr. Altmann. Er wandte sich äußerst scharf, von wiederholten Zwischenrufen unterbrochen, gegen die Ansichten des Vorredners und betonte, daß es sich hier nicht um eine Angelegenheit der Wiener Kinobesitzer sondern der gesamten Wiener Bevölkerung handle. Deshalb solle man auf dem Beharrungsbeschluß bestehen, auch wenn das Gesetz vielleicht einige legislative Mängel aufweise.

GR. Planek wies in einer längeren Rede für die der SPÖ-Fraktion gleichfalls die Berechtigung des Einspruches der Bundesregierung zurück.

In seinem Schlußwort stellte StR. Afritsch fest, daß sich das Gesetz über eine Ergänzung des Veranstaltungsbetriebsgesetzes durchaus nicht ausschließlich gegen die Kinobesitzer wende. Immerhin seien aber von 118 unter öffentlicher Verwaltung stehenden Kinobetrieben schon wieder 81 im Besitz der früheren Eigentümer und nur einige wenige die nach 1938 ihre Berechtigungen bekommen haben, erhielten ihre Kinos noch nicht zurück.

Der Beharrungsbeschluß wurde daraufhin in erster und zweiter Lesung gefaßt. Damit war die Tagesordnung des Landtages erschöpft.

Schluß der Sitzung um 19.18 Uhr.

Wichtige Verbesserungen in der Brennstoffversorgung Wiens
=====

Einem Beschluß des Stadtsenates entsprechend, haben unter Führung des Vizebürgermeisters Speiser, am 3. November 1947 die amtsführenden Stadträte Flödl, Dr. Freund und Honay beim Bundeskanzler Dr. h. c. Figl vorgesprochen, um ihm die schwierige Kohlen- und Stromsituation Wiens darzulegen. In einer längeren Aussprache wurden Maßnahmen erörtert, die eine Verbesserung der Brennstofflage Wiens herbeiführen sollen. Die Vorschläge und Forderungen der Vertreter der Stadt Wien wurden in einer Denkschrift zusammengefaßt, die dem Bundeskanzler überreicht wurde.

Bundeskanzler Dr. h. c. Figl hat daraufhin angeordnet, daß sich eine Sondersitzung des Energieverteilungsdirektoriums mit den in der Denkschrift niedergelegten Forderungen befaßt. Diese Sitzung fand heute nachmittag unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers statt. An ihr nahmen teil: die Bundesminister Dr. Altmann, Dr. Heinl und Übelis, der Bundeslastverteiler, eine Reihe von Fachreferenten der beteiligten Ministerien und als Vertreter der Stadt Wien Vizebürgermeister Speiser, die amtsführenden Stadträte Flödl, Dr. Freund und Honay und Generaldirektor der städtischen Unternehmungen Resch.

In der Sitzung wurden die Vorschläge der Wiener Stadtverwaltung zur Verbesserung der Brennstoffversorgung Wiens eingehend erörtert. Der Bundeskanzler anerkannte die Berechtigung der Forderungen der Wiener Stadtverwaltung nach einer Verbesserung in der für die Bevölkerung Wiens wichtigsten Frage der Versorgung der Haushalte mit Brennstoff und setzte sich dafür ein, daß sie im Rahmen des Möglichen erfüllt werden. Das Energieverteilungsdirektorium hat beschlossen, durch Einsparungen bei einer Reihe anderer Brennstoffbezieher, durch Zuweisung von Mehranlieferungen an die Stadt Wien und dadurch, daß an die Alliierten Besatzungsmächte mit der Bitte herangetreten werden wird, Brennstoff zu Gunsten der Wiener Haushalte einzusparen, eine Mehrbelieferung Wiens mit 35.000 Tonnen Kohle monatlich zu erzielen. Dadurch wird es möglich sein, noch in diesem Jahr weitere 50 kg Kohle pro Haushalt aufzurufen.

6. Nov. 1947

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1303

In der Frage der Versorgung der Wiener Gaswerke hat das Energieverteilungsdirektorium den zuständigen Bundesbehörden den Auftrag erteilt, durch den Versuch von Einsparungen eine Erhöhung der Kohlenzuweisungen an die Wiener Gaswerke um 8.000 Tonnen monatlich zu erreichen, wogegen sich die Wiener Gaswerke verpflichten, 4.000 Tonnen Koks pro Monat an die Industrie abzugeben.

Die Sitzung des Gemeinderates

=====

Im Anschluss an die Sitzung des Landtages hielt der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz des GR. Theller eine Sitzung ab. Zuerst leisteten die an Stelle der GRe. Dr. Goldbach, Ruthner und Dr. Fischer (ÖVP), die ihr Mandat zurückgelegt haben, einberufenen Mitglieder Dr. Kirschbichler, Wallaschek und Kowatsch die Angelobung. Durch den Rücktritt der drei Gemeinderäte notwendig gewordene Neuwahlen in verschiedene Ausschüsse und Delegationen wurden sodann vorgenommen. Die 46 Pisten umfassende Tagesordnung, auf der zumeist Geschäftsstücke standen, die während der Sommerferien des Gemeinderates bereits in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen und im Stadtsenat entschieden und durch Verfügung des Bürgermeisters in Kraft gesetzt wurden, bedurften nun nur mehr der formellen Zustimmung des Gemeinderates. Diese Anträge wurden daher vom Gemeinderat ohne Debatte beschlossen. Von diesen Beschlüssen sind als die bedeutendsten hervorzuheben: Der Abschluss von Arbeits- und Kollektivverträgen, die den erhöhten Lebenshaltungskosten Rechnung tragen, mit den Arbeitern des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien, der Gewista, des städtischen Bäckereibetriebes und mit den städtischen Forstarbeitern.

Eine Änderung der Leihgebühr in den städtischen Büchereien; eine Erhöhung der Verpflegungskosten in den Wiener städtischen Altersheimen, Heil- und Pflegeanstalten, die mit Wirksamkeit ab 1. April 1947 mit 4.- Schilling bzw. 4.20 Schilling pro Tag festgesetzt wurden; eine Neufestsetzung der Preise in den städtischen Bädern; die durch die erhöhten Anschaffungskosten der Kohle und die gesteigerten Personallasten notwendig geworden ist.

Der Gemeinderat erteilte ferner der Errichtung einer Wohnsiedlung mit 854 Wohnungen auf dem "Wienerfeld" in Favoriten, zu der der Grundstein bereits im August dieses Jahres gelegt wurde, seine Zustimmung. Die Siedlung wird nach dem verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten Per Albin Hansson benannt werden und 562 Einfamilienhäuser und 292 Mehrfamilienhäuser umfassen. Als erstes Baulos dieses Bauvorhabens genehmigte der Gemeinderat heute die Erbauung von 300 Wohnungen, deren Kosten nach dem derzeit geltenden Bauindex mit 14 Millionen Schilling veranschlagt werden müssen.

Weitere Anträge betreffen einen Wasserlieferungsvertrag mit der Gemeinde Ternitz, die Übernahme der Gemeindefaustung für einen Kredit von 7 Millionen Schilling an die Pabst-Kiba-Filmproduktionsgesellschaft, Subventionen in der Höhe von mehr als $\frac{1}{2}$ Million Schilling, darunter 270.000 Schilling für die Wiener Symphoniker, 200.000 Schilling für die Gesellschaft der Bildungsfreunde zur finanziellen Sicherung der Wiener Volkshilungsarbeit, 33.000 Schilling für den Wiener Kunsthandwerkverein, 20.000 Schilling für das Institut für Wissenschaft und Kunst u.a.m.

Für verschiedene Auslagen, die der Stadt Wien bei Durchführung der ausländischen Hilfsaktionen erwachsen, wird ein im Voranschlag nicht vorgesehener Kredit von 1 Millionen Schilling genehmigt.

Der Gemeinderat gab seine Zustimmung zu einer Reihe von Anträgen, die sich mit Massnahmen des Wiederaufbaues beschäftigen. 550.000 Schilling kostet die Legung eines grossen Wasserleitungsrohres zwischen Stalinplatz und Rechter Bahngasse. Für den Wiederaufbau der Wagenhalle der Garage Salzachstrasse des städtischen Fuhrwerksbetriebes ist ein Sachkredit von 2.060.000 Schilling erforderlich. Flächenwidmungs- und Bebauungspläne wurden festgesetzt oder abgeändert, ein Teil des Baugrundes für die Per Albin Hansson-Siedlung wird durch einen Grundtausch in den Besitz der Gemeinde gebracht, ein Pachtvertrag, durch den die Errichtung und der Betrieb eines Gaststättenunternehmens mit Hotel im Schloss Pötzleinsdorf ermöglicht wird und ein Schenkungsvertrag, betreffend das Schloss Tribuswinkel, das der Gemeinde zur Errichtung eines Kindererholungsheimes gewidmet wurde, sind vom Gemeinderat genehmigt worden.

Für Anschaffungen und für die Behebung von Kriegsschäden bei den städtischen Elektrizitätswerken und bei den Wiener Verkehrsbetrieben genehmigte der Gemeinderat bedeutende Kredite und Nachtragskredite, so für die Anschaffung von 53 Dieselausbussen und 50 Strassenbahntriebswagen.

Zur Verhandlung gelangten nun die im Einlauf befindlichen Anträge.

Gemeinderätin Hiltl (ÖVP) und Genossen verlangen in einem Dringlichkeitsantrag, dass alle Fürsorgerinnen der Gemeinde Wien nicht wie bisher in der Verwendungsgruppe D, sondern ihrer Fachausbildung entsprechend in die Verwendungsgruppe C

eingereicht werden sollen. Fürsorgerinnen mit Mittelschulmatura sollen in die Verwendungsgruppe B kommen, solchen ohne Matura soll die Möglichkeit gegeben werden, nach 10 Dienstjahren automatisch in die Verwendungsgruppe B aufzusteigen.

Zur Begründung der Dringlichkeit ergriff Gemeinderätin Hiltl (ÖVP) das Wort. Sie betonte, dass der Fürsorgerinnen-Beruf nicht nur Fachwissen sondern Spezialwissen erfordere. Einmal muss sie als Ärztin, dann wieder als Juristin, Hausfrau oder Mutter fungieren. Für unsere Frauen und Mädchen liegt hier ein weites Betätigungsfeld und wir müssen trachten, ihnen das zu bieten, was sie auf Grund ihrer Leistung verlangen können.

Vizebürgermeister Speiser (SPÖ) erkannte die schwere und verantwortungsvolle Arbeit der Fürsorgerinnen an. Er führte aber aus, dass es sich bei dem Dringlichkeitsantrag um eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit handle, die natürlich nur im Zusammenhang mit der Gewerkschaft von der Gemeindeverwaltung gelöst werden könne. Im Dezember 1946 wurde zum letztenmal die Einreihung der Fürsorgerinnen gelegentlich der Schaffung der neuen Dienstordnung vollzogen. Umreihungswünsche verschiedenster Art wurden bisher von allen 3 Parteien des Gemeinderates geäußert. Es ist aber nicht möglich, einen solchen Wunsch für eine besondere Gruppe von Angestellten aus den allgemeinen gewerkschaftlichen Verhandlungen herauszunehmen. Vizebürgermeister Speiser erklärte daher im Namen seiner Partei dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen zu können.

Bei der folgenden Abstimmung wurde dem Antrag die Dringlichkeit aberkannt und der Antrag dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Eine Anfrage der Gemeinderäte Alt, Lötsch, Krämer, Swoboda und Genossen (SPÖ) beschäftigte sich mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Winter mit der geringen Obst- und Gemüseanlieferung für die Wiener Bevölkerung und mit der Verzögerung in der Fleisch- und Kartoffelversorgung.

Der amtsführende Stadtrat für das Ernährungswesen, Sigmund (SPÖ), erklärte sich sofort bereit, diese Anfrage zu beantworten.

Er sagte u.a.: Es wäre zweifellos richtig, daß die Lebensmittelversorgung nicht das gewünschte Maß angenommen hat. Es muß aber zugegeben werden, daß es im großen und ganzen gelungen sei, die Lebensmittelversorgung so zu gestalten, daß es heute wesentlich besser ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In der Brot- und Mehlversorgung ist seit Monaten eine gleichmäßige Anlieferung eingetreten und es ist gelungen, auch die Qualität des Brotes in einer Zeit aufrecht zu erhalten, in der die Maisanlieferung sich in manchen Bundesländern unangelehrt auswirkte.

In der Kartoffelversorgung wurden neuer Wege beschritten. Für das gesamte Kartoffeljahr, das bis Juli 1948 dauert, war eine Gesamtmenge von 48 kg pro Kopf der Bevölkerung vorgesehen. Man hat aus den Erfahrungen des Vorjahres gelernt und die 48 kg nicht auf einmal ausgegeben, sondern periodenmäßig aufgerufen, damit nicht ein Teil der Bevölkerung die gesamte Menge bekommt und der andere Teil überhaupt nichts erhält. In diesem Vorhaben, bis Juli 1948 zu bevorraten, wurde die Stadt Wien aber durch einen Beschluß der Alliierten korrigiert. Es wurde angeordnet, nur bis zum 25. April 1948 zu bevorraten und den Rest für die Zeit bis Juli 1948 einzuwintern. Durch die Einschaltung der Stadt Wien in die Aufbringung, die nicht ihre Aufgabe gewesen wäre und nur deswegen erfolgte, um mit Erfahrungen, mit Beistellung von Personal, Lastkraftwagen und Treibstoffen helfend beizustehen, ist es gelungen, von den benötigten 120.000 Tonnen Kartoffeln für die Zeit bis April 1948 bis zum heutigen Tag schon 100.000 Tonnen nach Wien zu bringen.

Auf dem Gebiete der Fleischversorgung herrscht in letzter Zeit unter der Wiener Bevölkerung lebhafter Unmut. Durch Mitteilungen in der Presse über die Anlieferung großer Mengen Schlachtvieh und durch andere Presseberichte entstand in der Bevölkerung vielfach ein falsches Bild. Die Anlieferungen waren aber geringer als erwartet wurde. Erst in den letzten Tagen haben sich die Schlachtviehanlieferungen aber so gebessert, daß der Fleischrückstand vor drei Wochen auf eineinhalb Wochen reduziert werden konnte. In den nächsten zwei oder drei Wochen wird es möglich sein, den gesamten Rückstand aufzuholen.

In letzter Zeit ist es auch gelungen, die Zuckerration von 28 dkg auf 70 dkg zu bringen. Dieser Fortschritt in der Ernährung verdient vermerkt zu werden. Dass man nicht darüber spricht, ist auf den Umstand zurückzuführen, dass 1600 Kalorien nicht als Fortschritt bezeichnet werden können, aber doch den Erwartungen für dieses Jahr entsprechen.

Die Vorbereitungen zur Erreichung der 1800-Kalorienbasis sind wieder weiter fortgeschritten, sodass sie, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, vielleicht noch heuer verwirklicht werden kann. Wenn man bedenkt, dass das Brot in diesen Monaten gesichert ist, wenn die noch fehlenden 20.000 Tonnen Kartoffeln angeliefert werden können, wenn man ferner die günstigere Entwicklung in der Fleischversorgung in Betracht zieht und auch das Fett, mit dem die Auffüllung auf 1800 Kalorien erfolgen soll, so kann man behaupten, dass die Lebensmittelversorgung besser geworden ist, als wir es gehofft haben.

Sorgen macht den Hausfrauen und auch mir, erklärte Stadtrat Sigmund, die Gemüse- und Obstversorgung. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Auswirkungen eines Experimentes, das mit der Freigabe des Weines begonnen hat und dann auf leicht verderbliches Obst ausgedehnt wurde. Gegen diese Massnahmen sind schon seinerzeit vom Ernährungsreferenten der Stadt Wien Bedenken geäußert worden. Nun bedarf es einer gewissen Zeit, bis die Obst- und Gemüseversorgung wieder in das richtige Geleise gebracht werden kann. Es wird aber gemeinsam mit den zuständigen Wirtschaftsverbänden Wandel geschaffen werden, damit im kommenden Jahr die Obst- und Gemüseversorgung funktionieren kann. Gegenwärtig besteht keine unmittelbare Gefahr für eine Krise. Bei zielbewusster und sachlicher Arbeit wird es gelingen, die Lebensmittelversorgung günstiger zu gestalten, als es im vorigen Jahr der Fall war. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Sodann gelangte eine Anfrage der Gemeinderäte Dr. Stemmer, Kratky, Potetz und Genossen (SPÖ) zur Vorlesung. Es wird angefragt, welche Vorkehrungen von der Stadtverwaltung getroffen wurden, um den dringendsten Brennstoffbedarf der Haushalte und der Schulen zu sichern, und ob die im Rahmen der PA-KC -Aktion erarbeiteten Kohlen sichergestellt sind.

In Beantwortung der Anfragen führte Stadtrat Flödl (ÖVP) unter anderem aus, daß in der Öffentlichkeit das Wort Hausbrand vielfach mit Haushalt verwechselt wird. Der Begriff Hausbrand umfaßt 5 Verbrauchergruppen: Zuerst die eigentlichen Haushalte, dann die zentralbeheizten Wohn- und Geschäftshäuser, Ämter, Anstalten und Behörden, die landwirtschaftlichen Betriebe und schließlich Teile der Industrie, das Gewerbe und des Handel. Es haben sich nun im Vorjahr Mängel in der Organisation der Verteilung gezeigt, die für dieses Jahr eine Neufassung notwendig machten. So wurden für Haushalte die Brennstoffkarten ausgegeben, wobei der Mindestbezug mit 800 kg, die Höchstmenge mit 1400 kg festgesetzt war. Für alle übrigen Verbrauchergruppen wurden Fragebogen aufgelegt. Diese Neuerfassung hat ergeben, daß wir bisher 718.059 Kohlenkarten ausgegeben haben. Das bedeutet eine Zunahme um 7000 Karten. Für gaslose Haushalte wurden 138.632 sog. Kocherkarten ausgegeben, was ebenfalls einen Zuwachs um 5000 bedeutet. Außerdem gibt es 2936 zentralbeheizte Wohn- und Geschäftshäuser, 4460 landwirtschaftliche Betriebe und 63.012 industrielle und gewerbliche Unternehmungen. Danach beträgt der Normalbedarf des Kohlenwirtschaftsjahres 1,700.000 Tonnen Kohle. Das ist eine Steigerung um 300.000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Die oberste Bergbehörde hat zwar die Richtigkeit der ~~Au~~ststellung anerkannt, aber gleichzeitig erklärt, daß sie außerstande sei, diese Mengen aufzubringen. Es mußte daher ein Notstandsprogramm ausgearbeitet werden, das für Haushalte 300 kg Kohle vorsieht. An gaslose Haushalte werden außerdem monatlich 50 kg Kohle ausgegeben. Dieses Notstandsprogramm ergibt einen Bedarf von 675.000 Tonnen Kohle im Jahr oder von 56.400 Tonnen monatlich. Das sind rund 40 % des normalen Bedarfes. Jede Unterschreitung dieser Menge muß schwere gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden für die Bevölkerung nach sich ziehen. Leider hat sich bei der Belieferung wieder ein Rückstand ergeben, der unbedingt eingeholt werden muß. Trotzdem konnten bisher im September und Oktober an die Haushalte je 50 kg zugeteilt werden.

Der Novemberplan sieht nun für Wien 55.360 Tonnen Kohle vor, wovon jedoch nur Scheine für 51.800 Tonnen ausgefolgt wurden.

Das bedeutet, dass für die Haushalte keine Kohlen zur Verfügung stehen würden. Deshalb wurde beschlossen, eine Deputation zur Regierung zu entsenden, die am Montag beim Bundeskanzler, der volles Verständnis zeigte, vorsprach. Es besteht nun die Aussicht 35.000 Tonnen Kohle als Sonderzuteilung zu erhalten. Weiter sollen auch die Gaswerke zusätzlich mit 8000 Tonnen beliefert werden. Dadurch wäre die Ausgabe von 50 kg Kohle für November gesichert. Ausserdem können ab heute die Gaslieferzeiten um eine Stunde verlängert werden. (Beifall)

Über die PA-Ko-Aktion teilte der Stadtrat mit, dass daran die Gemeinde weder mittelbar noch unmittelbar beteiligt ist.

Zur Beheizung der Schulen ist zu sagen, dass der grösste Teil der Wiener Schulen für 4 bis 5 Wochen bevorratet ist, und dass ab Montag zu heizen begonnen wird. Unsere Bemühungen gehen dahin, den Normalunterricht an allen Schulen ohne Unterbrechung den ganzen Winter fortzusetzen.

Die Gemeinderäte Seifert, Dr. Kresse und Genossen (ÖVP) brachten einen Antrag auf Schaffung einer dritten Hochquellenwasserleitung ein, da die Erfahrungen zeigen, dass die derzeit anfallenden Wassermengen den Anforderungen nicht mehr genügen. In dem Antrag wird verlangt, das Stadtbauamt solle daher ehestens die nötigen Schritte zum Bau einer dritten Hochquellenleitung aufnehmen und inzwischen Übergangsmassnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung treffen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Ein Antrag der GR. Steinhardt und Genossen (EPÖ) betreffend Räumung des Altersheimes Meldemannstrasse wurde ebenfalls der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Zum Schluss gibt der Vorsitzende das Ergebnis der mittels Stimmzettel vorgenommenen Wahl von Mitgliedern der Gemeindevermittlungsämtler bekannt. Nun können die Gemeindevermittlungsämtler ihre Tätigkeit, die eine Entlastung der Zivilgerichte bezweckt, aufnehmen.

Die öffentliche Sitzung des Gemeinderates, der eine kurze vertrauliche Sitzung folgte, wurde am 20.30 Uhr geschlossen.